

Bernd Hallenberg

# Bürger, Kommunen und Klimawandel

## Überlegungen zum Potenzial und zur Erschließung bürgerorientierter kommunaler Einsparstrategien

Der möglichst weitgehende Schutz des Klimas zählt zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Neben der Bundesregierung haben inzwischen viele Kommunen, teilweise im EU-Rahmen<sup>1</sup>, ehrgeizige Ziele bei der Reduzierung der für den Treibhauseffekt hauptverantwortlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen formuliert, deren erfolgreiche Umsetzung<sup>2</sup> hängt jedoch nicht zuletzt von der lebensnahen Berücksichtigung von Einstellungs- und Verhaltensmustern sowie der aktiven Mitwirkung des Bürgers ab. Tatsächlich haben bislang weniger als ein Dutzend deutsche Städte integrierte Klimaschutzstrategien entwickelt. Dafür sind neben fiskalischen und organisationspolitischen Ursachen – Stichwort „Querschnittsaufgabe“ – die mangelnde Einbeziehung bzw. Mitwirkung von Wirtschaft und Bürgern verantwortlich.

Die folgenden Überlegungen orientieren sich an der These, dass bessere Transparenz und eine partizipative Ausgestaltung der kommunalen Klimapolitik Akzeptanz und Einsparergebnis erheblich steigern und beim Ausgleich konfligierender individueller und kollektiver Interessen und Zielkonflikte helfen können. Dies entspricht der vom Covenant of Mayors artikulierten Überzeugung, dass ... „die von der EU eingegangene Verpflichtung zur Emissionssenkung nur mit Unterstützung der lokalen Stakeholder, der Bürger und ihrer Vereinigungen erfüllt werden (kann)“.<sup>3</sup>

### Das Volumen: Bürger, CO<sub>2</sub>-Emissionen und Energiekosten

Der umfassenden Einbeziehung des Bürgers stehen jedoch noch vielfältige Hindernisse im Wege. Schon die Ermittlung des den Personen bzw. Haushalten zuzurechnenden CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – als Grundlage für das Einsparpotenzial – stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Je nach gewählter Bilanzierungsmethode (Quellen- oder Verbrauchsbilanz) bzw. Maßzahl (CO<sub>2</sub>-Emissionen oder -Äquivalente) kommt es zu teilweise deutlichen Abweichungen (vgl. Schächtele/Hertle, 2007).

Darüber hinaus spielt – wie Abb. 1 zeigt – der individuelle Lebens- bzw. Konsumstil eine maßgebliche Rolle und verdeutlicht die Dimension des Einsparpotenzials. Dies gilt umso mehr, als

nach Ansicht vieler Beobachter der positive Einspareffekt moderner Technologie „durch starke gegenläufige Trends in Lebensstil und Alltagsverhalten“ sogar überkompensiert wird.<sup>4</sup>

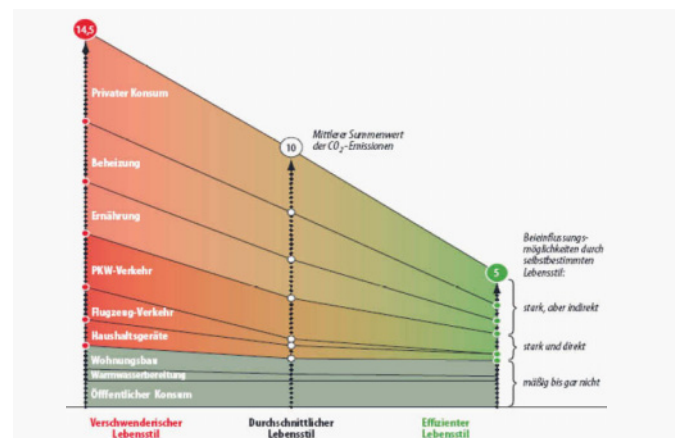


Abb. 1: Personenbezogene CO<sub>2</sub>-Emissionen (in t/Jahr) in Abhängigkeit vom Lebensstil sowie Art der Beeinflussbarkeit (Barthel, 2006)

Wenn die Berechnungen des ifeu-Institutes zugrunde gelegt werden, die von knapp 10,9 t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf und Jahr ausgehen, beläuft sich die entsprechende Summe für alle Bundesbürger auf etwa 900 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente („Treibhauspotenzial“).

Bei Berücksichtigung aller direkten und indirekten klimarelevanten Aktivitäten des Bürgers entfallen mithin nur etwa 25% auf wohnunmittelbare Emissionswirkungen (vgl. dazu auch Bardt/Demary/Voigtländer, 2008, S. 2, wo der gesamte Gebäudebereich erfasst wird).

<sup>1</sup> Aktuell sind Zwischenerfolge zu verzeichnen: So wurde für 2008 mit 945 Mio t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten die geringste CO<sub>2</sub>-Emission seit 1990 registriert (vgl. Pressemitteilung des BMU, Nr. 095/09 vom 29.03.2009).

<sup>2</sup> Deutsche Version des Konventes der Bürgermeister.

<sup>3</sup> So haben sich bei einem großen Bürgermeistertreffen („Covenant of Mayors“) 2009 in Brüssel bis Ende Mai 2009 gut 500 europäische, darunter 25 deutsche Kommunen verpflichtet, den Ausstoß gefährlicher Abgase wie Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 um mehr als 20 Prozent zu senken (vgl. www.eumayors.eu).

<sup>4</sup> Hintergrundpapier zum Transdisziplinären Workshop 27.-28.11.2006, Berlin

Bereich	t CO <sub>2</sub> -Äquivalente	Anteil in %
<b>Strom</b>	0,75	6,9
<b>Heizung</b>	1,97	18,1
<b>PKW-Verkehr</b>	1,56	14,3
<b>ÖPNV</b>	0,11	1,0
<b>Flugverkehr</b>	0,85	7,8
<b>Ernährung</b>	1,65	15,2
<b>sonst. Konsum</b>	2,75	25,3
<b>Allgemeinheit</b>	1,24	11,4
<b>zusammen</b>	<b>10,88</b>	<b>100</b>

Tabelle 1: Durchschnittlicher CO<sub>2</sub>-„Fußabdruck“ des Bundesbürgers (Quelle: Vorschlag des ifeu-Instituts: Die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Bürgers, S.11)

Belastbare Längsschnittdaten, welche die Entwicklung der individuellen Emissionen abbilden – wie die heizungsbezogene Quellenbilanz der Haushalte –, vermitteln im Unterschied zu anderen „Verursachern“ eine eher stagnierende Emissionsbilanz der Privathaushalte. Diese Stagnation drückt die gegenläufigen Wirkungen von steigender Energieeffizienz einerseits, wachsendem Konsum und veränderten Lebensstilen andererseits aus.

Anders sieht es bei der Entwicklung der Energiekosten aus. So sind die wohnunmittelbaren Energiekosten pro Haushalt von 2000 bis 2008 um etwa 50% angestiegen, wobei auf Raumwärme und Warmwasser ein weitaus größerer Anteil entfällt als auf Beleuchtung und Prozesswärme (s. Abb. 2). Damit ist nicht nur generell ein langsamer, aber stetiger Anstieg des Anteils der Energieausgaben an allen privaten Konsumausgaben verbunden<sup>5</sup>, sondern insbesondere sozial stark selektive Belastungswirkungen.

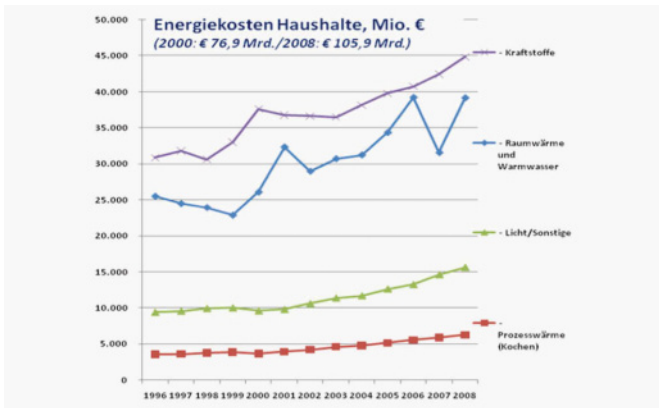


Abb. 2: Entwicklung der unmittelbaren Energiekosten der Haushalte 2000 bis 2008, in Mio. Euro (Quelle: BMWT)

Eine möglichst große Erschließung des individuellen Einsparpotenzials wird zudem durch erhebliche Informationsdefizite bei den Verbrauchern erschwert. So gibt ein beispielhafter Blick auf die einzelnen Nutzungsfelder von Strom bei den Haushalten (Abb. 3) bereits einen Hinweis auf das ausgeprägte Missverhältnis zwischen relativem Einsparpotenzial einerseits und einsparorientierten Verhaltensschwerpunkten der Bürger andererseits.

<sup>5</sup> Vgl. BMWT, Energiedaten Tab. 28, Energiekosten der privaten Haushalte, Febr. 2009. Dieser Anteil lag 2008 bei 7,5 % (1999: 5,9%).

So entfällt zum Beispiel auf die Beleuchtung nur etwa 7% des privaten Stromverbrauchs, der wiederum insgesamt nur für 7% der individuell zuzurechnenden CO<sub>2</sub>-Äquivalente verantwortlich ist. Im Gegensatz zu dieser relativ geringen objektiven Relevanz steht bei vielen Haushalten die „Beleuchtung“ ganz oben auf der individuellen Maßnahmenliste zur Stromeinsparung. Dagegen rangiert der Punkt „Neukauf sparsamer Geräte“ bei den Verbrauchern deutlich abgeschlagen<sup>6</sup>, obwohl hier Einsparpotenziale von mehr als 50% bestehen.<sup>7</sup>

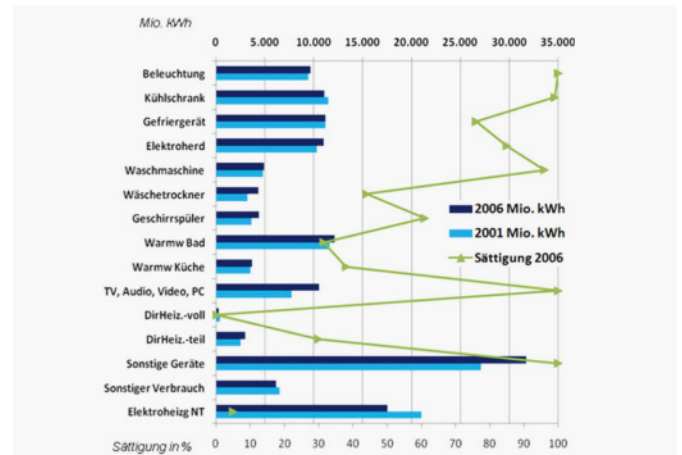


Abb. 3: Stromverbrauch der Privathaushalte nach Anwendungsbereichen, 2001 und 2006 (in Mio. kWh). Quellen: VDEW, BDEW

Das Informationsdefizit beschränkt sich zudem keineswegs auf die Effektivität von Einsparmaßnahmen, sondern beginnt bereits bei fehlenden Kenntnissen über die eigenen Kosten bzw. Tarife und Verbräuche.<sup>8</sup> Darüber hinaus ist weithin ein falsches Einsparverhalten im Bereich „Heizen und Lüften“ zu beobachten. Ganz abgesehen von einer falschen Prioritätensetzung – jeweils gut 40% berichteten in einer Umfrage 2007 von Sparanstrengungen bei Benzin und Strom, aber nur 9% hinsichtlich ihrer Heizkosten – werden empfohlene Maßnahmen wie das „bedarfsgerechte Heizen einzelner Räume“ (immerhin 42%) oder das parallele „Lüften und Drosseln der Temperatur“ (12%) jeweils nur von Minderheiten praktiziert.<sup>9</sup>

Wie im folgenden Abschnitt deutlich wird, ist das – objektiv und subjektiv – widersprüchliche Verhalten der Bürger beim Klimaschutz keineswegs nur eine Folge fehlender oder individuell falsch interpretierter Informationen (vgl. Kuchartz et al., 2007a). Vielmehr spielen dabei „konkurrierende“ Wünsche und Einstellungen, unterschiedliche Präferenzen sowie stark abweichende Aktivitätsmuster eine zentrale Rolle.

<sup>6</sup> Forsa-Umfrage für DENA, 10.3.2009. Danach berichten zwar 64% von Aktivitäten beim Stromsparen, allerdings überwiegend durch Einsatz von Energiesparlampen (56%) und nur zu 18% durch den Neukauf sparsamer Geräte.

<sup>7</sup> Zum Einsparpotenzial von Neu- bzw. „Bestgeräten“ gegenüber Altgeräten vgl. z. B. Bundestags-Drucksache 14/9400, S.175.

<sup>8</sup> Vgl. Pressemitteilung TNS Infratest v. 5.2.2009: Eigene Stromtarife und Stromverbrauch bei großer Mehrheit der Bundesbürger unbekannt. Nach dieser Umfrage für die D+S Europe AG kannten 73,5% ihren jährlichen Stromverbrauch, 85% ihren Tarif nicht.

<sup>9</sup> Vgl. Techem, Pressemitteilung v. 12.3.2007: Erst Auto und Strom, dann die Heizung. Ergebnisse einer Forsa-Umfrage.

## Der Bürger: Umweltbewusstsein, -einstellungen, -verhalten

Das grundsätzliche Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist seit Jahren relativ stabil. Der Aussage „Es ist für mich ganz selbstverständlich, dass ich bei allem was ich tue, auch an die Folgen für die Umwelt denke“ stimmten im Jahr 2008 78% der Befragten zu, allerdings waren es acht Jahre zuvor noch 84%. Durchschnittlich ein Viertel der Bevölkerung erklärt sich seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten „völlig“ mit dieser Aussage einverstanden.<sup>10</sup> Um zu differenzierten Aussagen zu kommen, wird nachfolgend meist nach den Sinus-Milieus®, d. h. nach verschiedenen Lebensstilgruppen, differenziert.

Mit Abstand führend beim Umweltbewusstsein ist das Postmaterielle Milieu. Für sie gehört die Vision von einer richtigen und guten Gesellschaft zum Kern der privaten und politischen Identität. Sie sind die treibende Kraft hinter Veränderungen hin zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Ein ökologisches Bewusstsein ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch bei den Etablierten und Modernen Performern entstanden und mittlerweile fest verankert. Etablierte sehen vor allem die ökonomische Notwendigkeit für mehr Umweltschutz. Moderne Performer sind geprägt von der Ökologie-Bewegung der 1980er Jahre, halten Umweltschutz für etwas Selbstverständliches und Wichtiges. Umweltschutz wird aber nicht nur von gehobenen Gesellschaftssegmenten mit hohen Erwartungen an die Politik verknüpft, sondern auch vom Mainstream: Als politisches Top-Thema hat er die Bürgerliche Mitte erreicht und durchdrungen, wird dort als notwendiger und unaufhaltsamer Trend begriffen.<sup>11</sup>

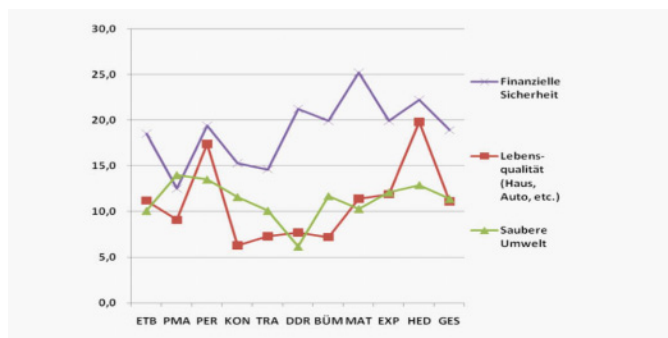


Abb. 4: Gewünschte Hinterlassenschaft an Kinder und Nachkommen; Einmalnennung in %, ausgewählte Aspekte

Im gesamten Lebenskontext relativieren sich die hohen Zustimmungswerte für den Umweltschutz jedoch deutlich, etwa wenn es darum geht, was den Kindern bzw. Nachlebenden hinterlassen werden soll. Nur bei den Postmateriellen rangiert die „saubere Umwelt“ noch vor der Lebensqualität und der finanziellen Sicherheit.

Die entscheidenden Zielkonflikte, die den Beitrag der Bürger zum Klimaschutz beschränken, werden vor allem dann sichtbar, wenn das Umweltbewusstsein mit dem Niveau des Lebensstandards bzw. dem praktizierten Lebensstil in Verbindung gebracht wird.

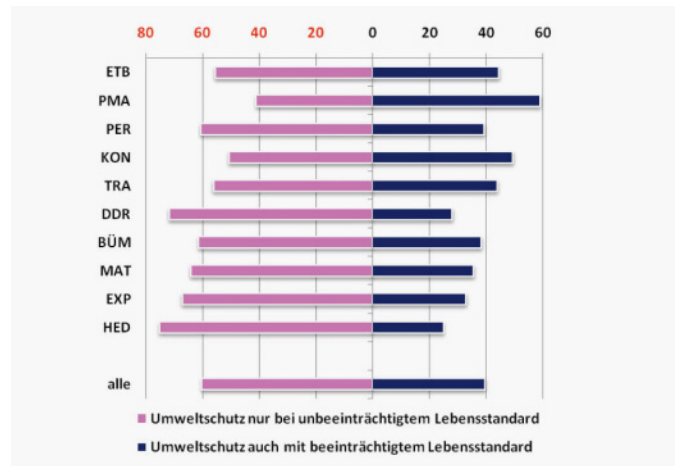


Abb. 5: Umweltschutz auch bei eingeschränktem Lebensstandard? – Antworten nach Sinus-Milieus 2008 (3SC-Trendforschung).

Eine deutliche Mehrheit der Befragten – gut 60% zu knapp 40% – lehnt eigene Einschränkungen für den Umweltschutz ab, und zwar in allen Milieus mit Ausnahme der umweltbewussten Postmateriellen. Hohe Ablehnungswerte sind dabei keineswegs auf die sozial schwächeren Milieus begrenzt, sondern finden sich generell vor allem bei jüngeren Befragten.

Doch selbst das gute „Bewusstseins“-Ergebnis der Postmateriellen ist spätestens im internationalen (Bilanz-)Vergleich deutlich zu relativieren. Denn dort schlagen die Verhaltensmuster, insbesondere die hohen Mobilitätsquoten vieler Deutscher, negativ zu Buche (vgl. Beck/Plöger, 2008) und bescheren den Bundesbürgern nur einen Mittelfeldplatz beim Umweltverhalten.<sup>12</sup> So verursachen die drei Leitmilieus sowie die Experimentalisten durch Individual- und Flugverkehr um 20 bis 36% höhere Emissionen als der deutsche Durchschnittsbürger, während zum Beispiel die Traditionsverwurzelten weniger als die Hälfte des entsprechenden Durchschnittswertes erreichen.

Eine große Mehrheit von 80% der Bundesbürger ist zudem nur dann zu verstärktem umwelt- bzw. klimagerechtem Handeln bereit, „wenn alle so handeln würden“.<sup>13</sup> Außerdem treibt viele Bürger die Sorge vor einer „sozial ungerechten“ Lastenverteilung beim Klimaschutz um (Kurchartz, 2007b). Bemerkenswerte 90% sind dafür, dass „sozial Schwache und Bedürftige für die steigenden Energiepreise einen Ausgleich erhalten müssen“ – wobei die Zustimmung bei den umweltorientierten(!) Postmateriellen sowie den Performern am geringsten ausfällt.

<sup>10</sup> Vgl. Sinus 3SC-Trendforschung, 1994 bis 2008.

<sup>11</sup> Vgl. Bundesumweltministerium (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Berlin, Dez. 2008 (Ecolog/ Hannover, Sinus Sociovision/ Heidelberg), S.56. Die milieubezogenen Ergebnisse basieren auf einer Sonderauswertung für den vhw.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. National Geographic/ Globe Scan: Greendex 2008: Consumer Choice and the Environment – A Worldwide Tracking Survey. <http://www.nationalgeographic.com/greendex/about.html>.

<sup>13</sup> Nach der Sinus-Sonderauswertung für den vhw gibt es dabei kaum Unterschiede zwischen den Milieus.

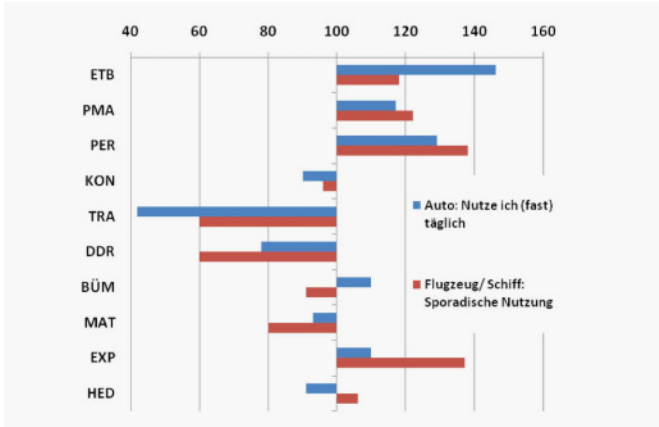


Abb. 6: Mobilitätsindex der Sinus-Milieus in den CO<sub>2</sub>-intensiven Bereichen Pkw- und Flugverkehr. Alle Befragten (Auto täglich: 44,8%; Flugzeug/Schiff sporadisch: 44,2%) jeweils = 100. (Quelle: Sinus 2008)

Diese Bewusstseins- und Einstellungslage findet sich entsprechend im wichtigen Handlungsfeld Gebäudedämmung. Die überwiegende Mehrheit ist auch hier der Ansicht, dass eine Umlage energiesparender Maßnahmen zur Wärmedämmung auf die Miete „Mieter mit geringem Einkommen zu stark belastet“, wobei diese Bewertung von einem Fünftel der Postmaterieellen und Performer nicht geteilt wird, während sich von allen Befragten nur 12% ablehnend äußerten.

Als Folge trifft die plakative Überschrift „Alle sind für Klimaschutz, aber keiner will zahlen“<sup>14</sup> die Einstellungslage der meisten Mieter ebenso wie jene vieler Hausbesitzer, die häufig vor langfristigen Investitionen zurückschrecken (Fraunhofer Institut, 2007). Nur etwa jeder fünfte Mieter ist überhaupt bereit, zusätzliche Mietlasten zu tragen, weitere 20% nur bis zur Höhe der eingesparten Energiekosten (s. Abb. 7).

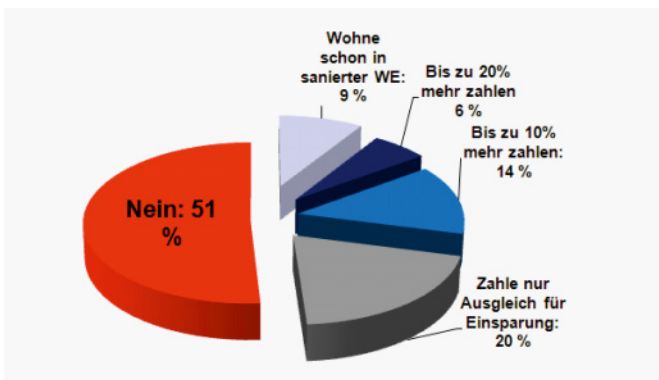


Abb. 7: Umfrage 2008 – „Würden Sie mehr Miete für eine energetisch sanierte Wohnung zahlen?“ (Quelle: Immowelt)

Einer Erschließung des erheblichen zusätzlichen Einsparpotenzials bei den Privathaushalten im Wohnbereich (sowie beim Verkehr) steht somit ein ambivalentes Bewusstseins-, Informations-, und Verhaltensbild der Bürger gegenüber. Unzweifelhaft wichtig sind bessere Informationen, nicht zuletzt über das relative Potenzial einzelner Maßnahmen bzw. Einsparbereiche.

Darüber hinaus muss die aktive Mitwirkung des Bürgers bei Klimaschutzprojekten erheblich ausgeweitet werden; hier ist das Potenzial bei weitem nicht ausgeschöpft. Während die Mitwirkungsquote derzeit etwa 4% beträgt, können sich gut 35% vorstellen, sich künftig zumindest bei einzelnen Projekten zu beteiligen. Trotz erheblicher Niveauunterschiede zwischen den Milieus fällt dieser Wert bei keiner Gruppe unter 20%.

## Projektphase eins: Eine bürgerorientierte Analyse des kommunalen Einsparpotenzials

Bevor Informationsverbesserung und erweiterte Bürgerbeteiligung ihre Wirkungen entfalten können, soll im Rahmen eines vhw-Projektes als „analytische Sofortmaßnahme“ durch Berücksichtigung des Bürgers zunächst eine sehr viel differenziertere Bestimmung des Einsparpotenzials vorgenommen werden. Dies geschieht auf der Ebene der Kommunen, den entscheidenden politischen Akteuren im Klimaschutz.<sup>15</sup> Gerade die besonders engagierten Kommunen im eingangs erwähnten „Konvent der Bürgermeister“ können so bei ihren Einsparzielen wirkungsvoll unterstützt werden. Diese Städte müssen innerhalb eines Jahres Aktionspläne vorlegen, in denen Maßnahmen zu Erreichung des Zieles nachvollziehbar dargestellt werden. Anschließend wird jährlich über den Stand der Umsetzung und der Zielerreichung berichtet.<sup>16</sup>

Im Mittelpunkt der vhw- Analyse stehen Maßnahmen zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich Wohngebäude. Grundidee der ersten Projektphase ist der Abgleich von technischem Einsparpotenzial nach Maßnahmenart sowie Gebäudetyp und -zustand mit der Struktur der Bewohner hinsichtlich Lebensstil (Milieuzugehörigkeit) und sozialer Lage, wobei Letztere näherungsweise über die Kaufkraft abgebildet wird. Auf diese Weise kann einerseits geprüft werden, welche Maßnahmen und -wirkungen auf eine grundsätzliche Akzeptanz, Indifferenz oder Ablehnung bei den Bewohnern treffen und wie die Engagem- bzw. Beteiligungsbereitschaft der Bürger einzuschätzen ist. Auf der anderen Seite werden durch den Vergleich der Leistungsfähigkeit der betroffenen Bürger mit den unmittelbaren Folgekosten der Maßnahmen – wie modernisierungsbedingten Mieterhöhungen – die unterschiedlichen finanziellen Belastungswirkungen für die Bewohner ermittelt.

Als Ergebnis wird ein Optimierungsergebnis angestrebt, welches auf der Ebene der Kommunen ein hohes Einsparergebnis mit einer möglichst großen Bürgerzustimmung und einer entsprechend geringen (Zusatz-)Belastung in weitgehende Übereinstimmung bringt.

<sup>15</sup>Münsteraner Erklärung: Städte und Gemeinden als Vorreiter für den Klimaschutz, aus Anlass der Tagung „KlimaKommunal“, 24./25.10.2008 in Münster.

<sup>16</sup>Pressemitteilung vom 10.2.2009: 400 cities commit to go beyond the 20% EU's energy objectives through the Commission's led Covenant of Mayors. Bis Ende Mai 2009 waren 25 deutsche Städte dem „Covenant of Mayors“ beigetreten, dem inzwischen 507 Städte aus 34 Ländern angehörten. Darunter sind: Aachen, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main, Freiburg, Greifswald, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, München, Münster, Nürnberg, Pforzheim und Stuttgart.

<sup>14</sup> VdW-Bayern: Repräsentativ-Umfrage, Pressemitteilung v. 4.10.2007.

Analytische Voraussetzung ist eine raum-, möglichst gebäudescharfe Verknüpfung der entsprechenden Informationen zu den Gebäuden und ihren Bewohnern. Für die Bewohnerseite stehen dazu u. a. die adressscharfen Informationen zu den Sinus- bzw. MOSAIC-Milieus<sup>®</sup> sowie die erwähnten Kaufkraftinformationen zur Verfügung. Schwieriger stellt sich auf den ersten Blick die Informationslage für die Wohngebäude dar. Raumscharfe Daten mit sachgerechtem Informationsgehalt über Baualter oder Sanierungsstand liegen in der Regel nur bei den Wohnungsunternehmen vor. Gleichwohl können – wie die bisherige Projektarbeit des vhw gezeigt hat – durch die Mitwirkung von Städten auch kommunale Raumdaten erschlossen werden, die bis auf die Block- oder sogar Gebäudeebene Auskunft über Baualter oder Bautyp geben. Auf dieser Basis wird eine kommunale Gebäudetypologie entwickelt.

Zusammengefasst sieht das Vorgehen im Projektrahmen demnach wie folgt aus:

- Ermittlung des gruppen- bzw. milieuspezifischen Bürgerwillens durch Auswertung des vorliegenden Primärforschungsmaterials und Ableitung von umwelt- bzw. klimabezogenen Milieuprofilen
- Rückgriff auf spezifische Energiekennwerte einzelner Gebäudetypen/Baualterklassen und das je spezifische Einsparungspotenzial einzelner gebäudebezogener Maßnahmen
- Durch raumscharfe Verknüpfung von Gebäudetypologie und Bewohner-Mikrodaten Ermittlung von Chancen und Hindernissen sowie Akzeptanz bzw. Ablehnung bestimmter klimabezogener Maßnahmen über die mikrostrukturelle Auswertung verschiedener Quartierskonstellationen (Kosten-Nutzen-Profile)
- Ableitung eines gesamtstädtischen, quartiers- oder bestandsbezogenen Maßnahmenmix: Grobstrukturierung bzw. Schwerpunktsetzung für eine spezifische bürgerorientierte Klimapolitik. Berechnung eines optimierten Einspar-, Wirtschaftlichkeits- und Belastungsergebnisses als Baustein einer „gemeinwohlorientierten kommunalen Klimapolitik“.

Eine erste Modellrechnung für eine norddeutsche Großstadt, für die alle erforderlichen Daten verfügbar waren und in der die (potenzielle) Maßnahmenakzeptanz, die Zahlungsfähigkeit der Betroffenen und das Einsparergebnis in Bezug gesetzt wurden, hat ergeben, dass auf diesem Wege etwa 40% des Potenzials erschlossen und eine Reduzierung des kombinierten Energiekennwertes pro m<sup>2</sup> um gut 30% realisiert werden können.

## Schlussbemerkung

Am 17. Dezember 2008 hat das Bundeskabinett die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel beschlossen. Als Ziele wurden dort benannt (vgl. Bundesregierung, 2008):

- Die Wissensbasis zu verbessern, um Chancen und Risiken besser benennen und vermitteln sowie Handlungsmöglichkeiten aufzeigen zu können

- Transparenz und Beteiligung durch einen breit angelegten Kommunikations- und Dialogprozess zu schaffen sowie verschiedene Akteure zu unterstützen, indem z.B. Entscheidungsgrundlagen und -hilfen bereitgestellt werden
- Bewusstseinsbildung und Information durch breite Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen
- Strategien zum Umgang mit Unsicherheiten zu entwickeln

Das vorliegende Projekt des vhw will einen Beitrag zur Erreichung der genannten Ziele leisten. Zugleich reiht es sich in die Strategie des Verbandes ein, eine prozessbezogene Mitwirkung des Bürgers bei der Gestaltung von Quartier und Stadt als zentrales Element zur Steigerung des Gemeinwohles und zum Abbau von Demokratiedefiziten herbeizuführen.

Bernd Hallenberg

Stellvertr. Hauptgeschäftsführer des vhw e.V., Berlin

## Quellen:

- Pressemitteilung des BMU, Nr. 095/09 vom 29.03.2009
- Schächtele, K./Hertle, H. (2007): Die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Bürgers – Recherche für ein internetbasiertes Tool zur Erstellung persönlicher CO<sub>2</sub>-Bilanzen. Heidelberg: ifeu, 2007, für das Umweltbundesamt, S. 2-11
- Barthel, C. (2006): Der European Way of Life: Spielraum der Konsumenten bei ihrer CO<sub>2</sub>-Emission. In: Energie & Management, 2006, 14, 15.07.2006, S. 3
- Bardt, H./Demary, M./Voigtländer (2008): Immobilien und Klimaschutz – Potenziale und Hemmnisse. Köln, IW, Trends 2-2008, S. 2
- BMWT (2009): Energiedaten, Tab. 28, Energiekosten der privaten Haushalte, Febr. 2009
- Kuckartz, U. et al. (2007a): Informationsverhalten im Umweltschutz und Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement. Vertiefungsstudie für das Umweltbundesamt, Marburg, Sept. 2007, S. 5-10
- Sinus 3SC-Trendforschung, 1994 bis 2008
- Bundesumweltministerium (Hg.) (2008): Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Berlin, Dez. 2008 (Ecolog/Hannover, Sinus Sociovision/Heidelberg), S. 56
- Beck, S./Plöger, W.: Lebensstile und Mobilität, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 1-2008, S. 48-51
- National Geographic/Globe Scan: Greendex 2008: Consumer Choice and the Environment – A Worldwide Tracking Survey. <http://www.nationalgeographic.com/greendex/about.html>
- Kuckartz, U. et al. (2007b): Das Spannungsfeld Umwelt und Gerechtigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung. Vertiefungsstudie für das Umweltbundesamt, Marburg, Sept. 2007
- VdW-Bayern: Repräsentativ-Umfrage, Pressemitteilung v. 4.10.2007
- Fraunhofer Institut (2007): CO<sub>2</sub>-Gebäudereport 2007, i.A. des BMVBS, 2007, S. 34 ff.
- Münsteraner Erklärung: Städte und Gemeinden als Vorreiter für den Klimaschutz, aus Anlass der Tagung „KlimaKommunal“, 24./25.10.2008 in Münster
- Umweltamt Düsseldorf (Hg.) Gebäudetypologie für die Stadt Düsseldorf. Düsseldorf o.J.
- Bundesregierung (Hg.) (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Berlin, Dez. 2008, S.4